



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de

direkt gewählt - direkt erreichbar

18. Januar 2012

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Januar ist zwar schon über seinen Zenit – meine guten Wünsche möchte ich aber gleichwohl noch aussprechen: Viel Gesundheit in 2012 und viel Glück – privat wie im Beruf!

+++ Filmtipp +++

Deutsch aus Liebe - Ask için Almanca

Der Dokumentarfilm "Deutsch aus Liebe - Ask için Almanca" von Barbara Trotnow wird im Kommunalen Kino Weiterstadt gezeigt.

Der Film begleitet drei Frauen, die an einem Deutschkurs in der Türkei teilnehmen. Sie lernen Deutsch, weil sie einen in Deutschland lebenden Mann heiraten und zu ihm ziehen wollen. Keine der drei war schon einmal in Deutschland, und ihre künftigen Ehemänner haben ihnen auch nicht viel von ihrem Leben dort erzählt.

In Anwesenheit der Regisseurin mit anschließendem Publikumsgespräch!

Mittwoch, 25.1.2012, 20 Uhr, Kommunales Kino Weiterstadt, Im Bürgerzentrum, Weiterstadt
Telefon: 06150-12185
www.weiterstadt.de/koki

Ich habe den Jahreswechsel auf Teneriffa verbracht und mich gut erholt. Jetzt geht es wieder mit voller Kraft an die Arbeit in Darmstadt und Berlin. Gleich nach meiner Rückkehr war ich in Roßdorf beim Neujahrsempfang und anschließend in Kiel zur Klausur des Geschäftsführenden Vorstandes der SPD-Fraktion. Wir haben dort die aktuelle politische Situation diskutiert und festgelegt, wie wir zu welchen Themen dieses Jahr arbeiten wollen. Bei allen Themen ist uns die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ganz besonders wichtig. Egal ob es um den Bau neuer Stromleitungen oder Straßen geht, um das Miteinander der Generationen angesichts des Demografischen Wandels oder um die Fragen: Wie definieren wir Wohlstand? Wie wollen wir in Zukunft zusammen leben? Was wünschen Sie sich für unser Land im Jahr 2020? Zu [all diesen Themen](#) wollen wir auf unserer neuen Beteiligungsplattform „Zukunftsdialog online“ [mit Ihnen diskutieren](#). Wir möchten, dass Sie sich direkt mit Ihren Vorschlägen und Ideen an unserer Projektarbeit beteiligen. All dies geht über die Website: www.zukunftsdialog.spdfraktion.de. Aber natürlich bleibt es auch 2012 dabei: Sie erreichen mich für Fragen, Anregungen und Gespräche immer über meine beiden Büros.

Ich wünsche nochmals alles Gute für 2012 und grüße herzlich aus dem sonnigen Berlin.

Euse / Ihre Brigitte Zypries



Ausschreibung

Europa-Jugendpreis 2012

„Darmstadt, Europa – grenzenlos und tolerant?!“ ist das Thema des diesjährigen Europa-Jugendpreises. **Kreative Menschen bis 25 Jahre** mit Wohnsitz, Schul- oder Ausbildungsplatz in Darmstadt sind aufgerufen, sich schriftlich oder bildnerisch mit einem der folgenden **Themenbereiche** auseinander zu setzen: „**Ausgrenzung, Integration, Abschottung**“, „**Euro: Chancen und Risiken**“ oder „**Gemeinsam lernen, gemeinsam arbeiten**“.

Der Europa-Jugendpreis in Höhe von insgesamt 2.000 Euro wird in Form von Sach- und Geldpreisen vom Magistrat der Wissenschaftsstadt Darmstadt vergeben. **Bewerbungsschluss ist der 15. März 2012. Weitere Informationen und Ausschreibungsunterlagen gibt es beim Büro für Städtepartnerschaften:**

Neues Rathaus, Luisenplatz 5
Telefon: 06151/13-2321,
E-Mail: hauptamt@darmstadt.de.

Themen im Parlament diese Woche:

Menschenverachtende Gewalttaten härter bestrafen

Die Zahl der Gewalttaten, die sich gegen eine Person wegen ihrer Nationalität, Hautfarbe, Religion oder ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung oder ihrer sexuellen Orientierung richten, ist erschreckend hoch. Diese Taten sind besonders schwerwiegend. Denn die Täter nehmen ihre Opfer nicht als Individuen wahr, sondern als Vertreterinnen oder Vertreter einer als minderwertig erachteten Gruppe. Sie verunsichern so andere Bürgerinnen und Bürger und stören den sozialen Frieden. Die SPD hat deshalb einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der vorsieht, dass menschenverachtende und insbesondere rassistische oder fremdenfeindliche Beweggründe eines Gewalttäters zu einer Strafverschärfung führen. Wir beraten diesen Gesetzentwurf am Donnerstag im Bundestag.

Mindestlohn einführen – der Gesetzentwurf der SPD wird am Freitag beraten

Der Niedriglohnsektor und prekäre Beschäftigungsverhältnisse haben sich in den letzten 15 Jahren stark ausgeweitet. **20 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben eine Vollzeit-Arbeitsstelle, müssen aber zum Jobcenter, um aus Steuergeldern ihr Einkommen aufstocken zu lassen**, damit sie wenigstens das Existenzminimum erreichen. **11 Mrd. Euro jährlich gibt unser Staat dafür aus.** Niedriglöhne verringern außerdem die Einnahmen der Sozialversicherungen und des Staates insgesamt.

Unser Gesetzentwurf sieht die Einführung eines Mindestlohns vor. Es muss gesichert sein, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die vollzeitbeschäftigt sind, von ihrer Arbeit leben können – und zwar würdevoll. Wir finden, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales eine Mindestlohnkommission einrichten sollte, die jedes Jahr einen Vorschlag über die Höhe des Mindestlohns erarbeitet. Der Mindestlohn muss aber mindestens bei 8,50 Euro für das gesamte Bundesgebiet liegen.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zyprides@bundestag.de.

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin*

*Fotos:
Noushin Arjangian, Carina Neuber (S. 2)
[aboutpixel/](#) Robert Schmetz (S. 3)*

SPD-Antrag: Verkehrssicherheit erhöhen!

Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung für Fortschritt, Wohlstand und Beschäftigung. Darmstadt ist ein gutes Beispiel: Jeden Tag bewegen sich viele Menschen mit den unterschiedlichsten Fahrzeugen – oder auch zu Fuß – in die Stadt hinein, aus der Stadt in den Landkreis oder sie sind auf der Durch-fahrt. Das wird manchmal eng – und ist auch nicht immer ungefährlich. Wo so viel Bewegung ist muss auch besonders auf Verkehrssicherheit geachtet werden. Die SPD stellt diese Woche einen Antrag, in dem wir die Bundesregierung dazu auffordern, das allgemeine Verständnis und die Akzeptanz für Verkehrsregeln durch Öffentlichkeitsarbeit zu fördern. **Alkoholmissbrauch im Straßenverkehr muss reduziert werden. Moderne Technologien sind zu fördern – sie können Unfälle vermeiden. Zudem soll die Kontrollichte im Straßenverkehr erhöht werden. Wir brauchen ein komplettes – und sicheres! – Radwegnetzwerk und hindernisfreie Wege.** Eine Geschwindigkeitsbegrenzung für Fahranfängerinnen und Fahranfänger soll geprüft und die Aus- und Weiterbildung von Fahrlehrern modernisiert werden. Besonders wichtig: Die Verkehrssicherheitsarbeit muss weiterhin finanziell unterstützt werden! Der Antrag wird am Donnerstag um 14.00 Uhr beraten.

Öffentlichen Nahverkehr verbessern

Im öffentlichen Personennahverkehr sind staatlich erbrachte Dienstleistungen oft zahlreicher, sicherer, höherwertig oder preisgünstiger als die privater Anbieter. **Die Europäische Union hat daher die Verantwortung und die Finanzierung von Nahverkehrsleistungen neu geregelt. Sie müssen nun in deutsches Recht umgesetzt werden.** Unser gemeinsamer Gesetzentwurf mit Bündnis 90/Die Grünen sieht klare Kompetenzen für die kommunalen Aufgabenträger vor und stärkt den Nahverkehrsplan: als Steuerungsinstrument für ein integriertes, qualitativ hochwertiges und barrierefreies Verkehrsangebot. Am Donnerstag um 20.00 Uhr wird der Gesetzentwurf im Plenum beraten.

Ein weiterer Vorteil öffentlich finanzierter Verkehrsangebote: **Tarif-, Sozial- und Umweltstandards** können vorgegeben werden. Davon profitieren die Fahrgäste genauso wie die Angestellten der Verkehrsunternehmen. Zudem erhalten die Bundesländer größere Spielräume, für ländliche Räume flexible Verkehrsangebote zu schaffen - wie zum Beispiel Anrufbusse. **Außerdem soll bis 2022 Barrierefreiheit im gesamten Öffentlichen Personennahverkehr verwirklicht werden.**